



Niederschrift

13. öffentliche/ nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität

Sitzungstermin: Donnerstag, 01.10.2020
Sitzungsbeginn: 18:00Uhr
Sitzungsende: 21:08 Uhr
Ort, Raum: Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469
Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	Leitung der Sitzung
---------------------	--------------------------	---------------------

Ausschussmitglieder

Frau Tina Lange	DIE LINKE	
Herr Uwe Adler	SPD	bis 20:50 Uhr
Herr Leon Troche	SPD	
Herr Fabian Twerdy	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Michél Berlin	DIE LINKE	ab 18:14 Uhr
Herr Christian Raschke	DIE aNDERE	
Herr Sebastian Olbrich	AfD	ab 18:11 Uhr

zusätzliches Mitglied

Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis
-----------------------------	---------------

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Dr. phil. Wieland Niekisch	CDU	bis 20:49 Uhr
---------------------------------	-----	---------------

sachkundige Einwohner

Herr Maximilian Adams	CDU
Herr Dr. Matthias Kretschmer	Freie Demokraten
Herr Jan Kuppert	DIE aNDERE
Herr Norbert Wilke	DIE LINKE

Schriftführer/in:
Frau Anhoff

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 3.09.2020 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Vorstellung Naturschutzbeirat
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Änderung der Stellplatzsatzung
Vorlage: 19/SVV/1091
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
(Wiedervorlage)
- 4.2 Lastenrad-Flotte Potsdam
Vorlage: 20/SVV/0513
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
FA, SBWL, alle OBR
(Wiedervorlage)
- 4.3 Schutz des Fahrländer Sees
Vorlage: 20/SVV/0828
Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis
KUM, OBR Fahrland, OBR Neu Fahrland
- 4.4 Aufenthaltsqualität des Johan-Bouman-Platzes verbessern
Vorlage: 20/SVV/0938
Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen
KUM, SBWL
- 4.5 Potsdamer Naturdenkmäler
Vorlage: 20/SVV/0939
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
nur KUM
- 4.6 Fähre 1 vom Kiewitt nach Hermannswerder
Vorlage: 20/SVV/1001
Einreicher: Fraktion CDU
KUM, SBWL, + Äa Herr Jäkel
- 4.7 Ergänzende abfallwirtschaftliche Maßnahmen
Vorlage: 20/SVV/1007
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD
nur KUM

- 4.8 Pop-Up-Fußgängerzone in der östlichen Brandenburger Straße
Vorlage: 20/SVV/1010
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE Linke
KUM, SBWL
- 4.9 Laden für E-Autos erleichtern und mehr Anreize schaffen
Vorlage: 20/SVV/1019
Einreicher: Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
nur KUM
- 4.10 Mehr Radverleihstationen in Potsdam
Vorlage: 20/SVV/1022
Einreicher: Fraktion SPD
nur KUM
- 4.11 Ausbau der Gebiete für E-Roller
Vorlage: 20/SVV/1023
Einreicher: Fraktion SPD
nur KUM
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Zusätzliche Busse bei früherem Schulschluss im Potsdamer Norden
Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(wird schriftlich ausgereicht)
- 6 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- 7 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung
- 7.1 Vorgehen zur Beschaffung von Niederflurstraßenbahnen
Vorlage: 20/SVV/1065
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Mobilität und technische
Infrastruktur
(Mitteilungsvorlage)

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Walter, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 3.09.2020 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung vom 03.09.2020 gibt es keine Hinweise. Sie wird mit 5:0:1 bestätigt.

Zur Tagesordnung gibt es folgende Hinweise:

- Der TOP 4.7 „Ergänzende abfallwirtschaftliche Maßnahmen“ wird auf die nächste Sitzung vertagt, da er heute verwaltungsseitig nicht vertreten werden kann
- Unter dem TOP Sonstiges möchte Herr Dr. Niekisch Informationen zum Thema Sperrung der Leipziger Straße für den Radverkehr

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Anträge auf Rederecht:

zum TOP 4.3 „Schutz des Fahrländer Sees“ liegen folgende Anträge auf Rederecht vor:

- für Herrn Mädlow (ehrenamtlicher Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Berlin-Brandenburgischer Ornithologen im NABU)
- für Herrn Goedelt und Herrn Hecker (Suft- und Kite-Verein)
- für Herrn und Frau Fahlberg (Anwohner)

Den Anträgen auf Rederecht wird einstimmig zugestimmt.

zu 3 **Vorstellung Naturschutzbeirat**

Frau Fischer, Vorsitzende des Naturschutzbeirates stellt den Beirat und seine Arbeit anhand einer Präsentation vor, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist.

Herr Walter dankt Frau Fischer für ihren Vortrag und erkundigt sich nach der Zuständigkeit für das Grünflächenkataster und weist nochmals auf die beauftragte Erarbeitung eines Baumschadenberichtes hin, der in Arbeit ist.

Frau Fischer bestätigt die Zuständigkeit des Bereiches Grünflächen für das Grünflächenkataster.

zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 4.1 **Änderung der Stellplatzsatzung**

Vorlage: 19/SVV/1091

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen
(Wiedervorlage)

Herr Twerdy bringt seinen Änderungsantrag ein, der den Mitglieder im Vorfeld der Sitzung zugegangen ist.

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Stellplatzsatzung dahingehend zu ändern, dass für Wohngebäude keine Mindestanzahl von Kfz-Stellplätzen vorgeschrieben wird, sodass Bauherren und Bauherrinnen in eigener Verantwortung über den Bau von Kfz-Stellplätzen entscheiden können.“
~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Stellplatzsatzung dahingehend ändern zu lassen, dass für Wohngebäude keine Mindestanzahl von KFZ-Stellplätzen vorgeschrieben wird. Nach dem Vorbild der Hamburger Bauordnung (HbauO) ist in §3 hinter (1) folgender Abschnitt (1a) einzufügen: „Die Verpflichtung zur Herstellung oder zum Nachweis von Stellplätzen für Kraftfahrzeuge gilt abweichend von Absatz 1 nicht für Wohnungen oder Wohnheime. Bei Wohnungen oder Wohnheimen entscheiden die Bauherrinnen und Bauherren in eigener Verantwortung über die Herstellung von Stellplätzen in angemessenem Umfang, wobei sie neben dem Stellplatzbedarf der Bewohnerinnen und Bewohner, den örtlichen Verkehrsverhältnissen, der Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr insbesondere die Belange von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen berücksichtigen sollen.“~~

Die Richtzahlen für Fahrradstellplätze in Anlage 2, Spalte 4 sind wie folgt anzupassen: Unter Punkt 1 (Wohngebäude) ist 1 Fahrradstellplatz pro Wohnung mit bis zu 50 m² Wohnfläche bereitzustellen; für jede Wohnung zwischen 50 und 100 m² sind 2 Stellplätze, und für jede Wohnung mit mehr als 100 m² sind 3 Stellplätze einzurichten. Weiterhin ist in Spalte 4 die Zahl 15 unter der lfd. Nr. 1.2 und die Zahl 1 unter der lfd. Nr. 1.3 einzutragen.

Auch für die Gebäude mit anderen Nutzungsarten ist ein sinnvolles Verhältnis von Kfz- und Fahrradstellplätzen vorzuschreiben, das den angestrebten Modal Split, den viel geringeren Platzbedarf von Fahrrädern und das Ziel einer autoarmen Stadt berücksichtigt. Das bedeutet, dass für Gebäude mit Büro-, Verwaltungs- und Praxisräumen, Verkaufsstätten, Gast-, Vergnügungsstätten und Beherbergungsbetriebe, Kultur- und Versammlungsstätten, Sportstätten- und Freizeitanlagen, Krankeneinrichtungen, Bildungseinrichtungen, Einrichtungen,

Einrichtungen der Kinder- & Jugendförderung, gewerbliche Anlagen und sonstige mindestens die zehnfache Zahl von Fahrradstellplätzen im Verhältnis zu den vorgesehenen Kfz-Stellplätze vorzusehen ist. Falls keine Kfz-Stellplätze vorgesehen sind, ist eine dem erwarteten Modal Split der Besucher angemessene Zahl von Fahrradstellplätzen vorzusehen.

Bei den Zielen einer Fortschreibung der Stellplatzsatzung ist die Priorität 1 „Bremsen übermäßiger Verdichtung / Verhindern eines erhöhten Parkdrucks im öffentlichen Raum“ zu streichen. Stattdessen soll die Priorität „Erreichen einer autoarmen Stadt mit autofreien Quartieren“ / Lenkungswirkung hin zu weniger Parkraum nutzen“ angestrebt werden.“

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) nimmt zum eingebrachten Änderungsantrag Stellung und bezieht sich auf die Vorstellung der Stellplatzsatzung in der letzten Sitzung. Er setzt sich mit diversen Punkten des Änderungsantrages auseinander und erläutert was hier umsetzbar ist und was nicht.

Herr Berlin schließt sich der Argumentation der Verwaltung an und verweist zudem auf die Thematik der Verdichtung in Innen- bzw. Hinterhöfen.

Herr Dr. Niekisch spricht sich gegen den Antrag aus.

Herr Walter sieht noch Abstimmungspotential zwischen der antragsstellenden Fraktion und der Verwaltung und schlägt vor, den Antrag nochmals zurückzustellen.

Der Vorsitzende stellt die Zurückstellung des Antrags zur nächsten Sitzung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mit 6:3:0 angenommen.

zu 4.2 Lastenrad-Flotte Potsdam

Vorlage: 20/SVV/0513

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

FA, SBWL, alle OBR

(Wiedervorlage)

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) führt aus, dass die finanzielle Unterstützung eines per Beschluss festgelegten Vereins schwierig umzusetzen ist. Es ist der Verwaltung nicht möglich, ohne vorherige Ausschreibung einen Verein monetär zu unterstützen. Eine Ausschreibung jedoch könne letztlich dazu führen, dass nicht der gewünschte Verein den Zuschlag erhält.

Herr Adler schlägt vor, den Antrag zurückzustellen und zu verifizieren, wie eine Förderung aussehen könnte. Der Antrag ist dann entsprechend anzupassen. Zudem gibt es noch ausstehende Voten aus ein paar Ortsbeiräten.

Herr Dörschel (Stadtverordneter Fraktion Bündnis90/Die Grünen) verweist auf die Beschlussfassung aus dem Finanzausschuss:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Einrichtung, den Ausbau und Betrieb **eines Lastenrad-Verleihsystems zu fördern. Dazu werden die vorhandenen Strukturen genutzt, um ein erweitertes Modell zu entwickeln, das für die Nutzer kostenfrei ist.** ~~des gemeinnützigen Lastenrad-Leihsystems „Flotte-Potsdam.de“ zu fördern. Dazu werden die vorhandenen Strukturen genutzt, um ein erweitertes Modell "Flotte Potsdam kommunal" nach dem Vorbild von flotte-berlin.de/kommunal zu entwickeln, das für die Nutzer kostenfrei ist.~~

Dazu werden mindestens 25.000 Euro pro Jahr als regelmäßige Förderung für Personal- und Sachkosten im Stadthaushalt bereitgestellt. Die Grundfinanzierung wird ergänzt durch ein Spendensystem, bei dem die Nutzer um einen freiwilligen Kostenbeitrag gebeten werden.“

Herr Rubelt stellt klar, dass der Antrag aus verkehrspolitischer Sicht sinnvoll ist, aber auch in einer Form beschlossen werden muss, die für die Verwaltung umsetzbar ist. Aus haushalterischer Sicht ist er das nicht, deswegen ist der letzte Absatz zu streichen.

Herr Berlin spricht sich für die Fassung aus dem Finanzausschuss aus.

Herr Niehoff verweist auf das Radverkehrskonzept, in dem die Maßnahme Lastenradflotte nicht enthalten ist. Daraus folgt, wenn diese Forderung umgesetzt werden soll, muss eine andere gestrichen oder geschoben werden. Es ist dann zu entscheiden, welche das sein soll.

Es erfolgt eine Debatte über die Möglichkeiten der Finanzierung.

Herr Adams hält die Forderung des Antrags für eine so gute Idee, dass sie sicher auch ohne kommunale Förderung umgesetzt werden kann.

Dieser Auffassung schließt sich Frau Dr. Klockow an.

Herr Berlin plädiert für den Verbleib einer solchen Förderung in kommunaler Hand.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag (Fassung aus dem Finanzausschuss) zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Einrichtung, den Ausbau und Betrieb **eines Lastenrad-Verleihsystems zu fördern. Dazu werden die vorhandenen**

Strukturen genutzt, um ein erweitertes Modell zu entwickeln, das für die Nutzer kostenfrei ist. ~~des gemeinnützigen Lastenrad-Leihsystems „Flotte-Potsdam.de“ zu fördern. Dazu werden die vorhandenen Strukturen genutzt, um ein erweitertes Modell "Flotte Potsdam kommunal" nach dem Vorbild von flotte-berlin.de/kommunal zu entwickeln, das für die Nutzer kostenfrei ist.~~

Dazu werden mindestens 25.000 Euro pro Jahr als regelmäßige Förderung für Personal- und Sachkosten im Stadthaushalt bereitgestellt. Die Grundfinanzierung wird ergänzt durch ein Spendensystem, bei dem die Nutzer um einen freiwilligen Kostenbeitrag gebeten werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	1

zu 4.3 Schutz des Fahrländer Sees

Vorlage: 20/SVV/0828

Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis
KUM, OBR Fahrland, OBR Neu Fahrland

Herr Goedelt nimmt sein Rederecht für den Surf- und Kite-Verein wahr. Er betont das Interesse als Wassersportler an einer intakten Umwelt und verweist auf eine noch nicht lange zurückliegende Müllsammelaktion am Fahrländer See. Wassersport ist nicht gleichzusetzen mit Grillen und Campen.

Er geht auf die einzelnen Punkte des Antrages ein, für ein Verbot sieht er die Datenlage nicht fundiert genug. Die Forderung eines generellen Verbots von Wassersport an dieser Stelle hält er für unverhältnismäßig. Er bietet gemeinsame Gespräche mit dem Verein an, um sich auszutauschen und gemeinsam eine Lösung zu finden.

Frau Dr. Fahlberg nimmt ihr Rederecht als Anwohnerin wahr. Die Anwohnerschaft setzt sich für den Erhalt der bestehenden Qualität dieses Standortes ein. Sie unterstützen daher die Punkte 1 – 3 des Antrags. Den Punkt 4 kann die sie nicht nachvollziehen. Sie kritisiert hier ebenfalls die unzureichend fundierte Begründung. Im Kitesurfen sieht sie jedoch tatsächlich Gefahren, nicht aber in den anderen Wassersportarten. Sie bittet um eine ausgewogene Empfehlung, d.h. den Wassersport auf diesem See nicht generell zu verbieten.

Herr Mädlow (ehrenamtl. Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Berlin-Brandenburgischer Ornithologen im NABU) nimmt sein Rederecht wahr. Er betont nochmals die besondere Bedeutung des Sees für die Vögel. Er verweist auf eine Untersuchung zum Kitesurfen, deren Datenlage ein Verbot dieser Sportart auf dem Fahrländer See nachweist. Er hält den Antrag für sinnvoll und nötig. (seine ausführliche Stellungnahme wird den Mitgliedern im Nachgang der Sitzung zur Verfügung gestellt)

Herr Matz (Ortsvorsteher OT Fahrland) veranschaulicht anhand von Satellitenbildern die negativen Veränderungen des Uferbereichs. Sie zeigen unter anderem die Zerstörung des Schilfgürtels sowie künstliche Durchwegungen, um

an den See zu gelangen. Der Fahrländer See, in einem ausgewiesenen Landschaftsschutzgebiet liegend, ist wie auch weite Teile der umgebenden Vegetation geschütztes Biotop.

Herr Matz verweist auf die im Ortsbeirat beschlossene Fassung des Antrags:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. ~~unverzüglich und dauerhaft das Verbot des Kitesurfens auf dem Fahrländer See durchzusetzen,~~
die rechtliche Situation zum Kitesurfen auf dem Fahrländer See zu klären und ein ggf. bestehendes Verbot unverzüglich und dauerhaft durchzusetzen,
2. entsprechende zusätzliche Hinweisschilder (Verweis auf Landschafts-, Biotopschutz und Verbot des Kitesurfens) an den zwei Zugängen zum See in Neu Fahrland und an einem Zugang zum See in Fahrland aufzustellen,
3. in Absprache mit den Ortsbeiräten in Neu Fahrland und Fahrland auf den Zuwegungen zum Fahrländer See zusätzliche verkehrsrechtliche Anordnungen zu treffen - inkl. der ggf. notwendigen Widmungen -, welche mindestens ein Parken auf diesen Wegen sowie ein Befahren von Grünflächen oder landwirtschaftlich genutzten Flächen wirkungsvoll unterbinden,
4. ein Verbot der wassersportlichen Nutzung des Fahrländer Sees für solche Sportarten vorzubereiten und umzusetzen, von denen eine Schreckwirkung auf Zug- und Brutvögel ausgeht. ~~Hierzu zählen insbesondere Windsurfen, Segeln und Eissegeln.~~

Den Ortsbeiräten Neu Fahrland und Fahrland sowie dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist zu den Punkten 1 bis 3 spätestens im Oktober 2020 und zum Punkt 4 spätestens im Februar 2021 zu berichten.“

Frau Dr. Klockow bringt den Antrag ein und geht auf die Redebeiträge ein. Auch sie betont nochmals die besonders schützenswerte Stellung von See und Schilfgürtel, die als Biotope unter einem besonderen Schutz stehen. Artenvielfalt gilt es zu erhalten und wiederherzustellen. In Potsdam gibt es zudem viele andere Möglichkeiten, Wassersport zu betreiben - auf Gewässern, die nicht diese Schutzbedürftigkeit haben wie der Fahrländer See.

Herr Schmäh (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) berichtigt Herrn Matz in einem Punkt, das Bundesamt für Wasserstraßen hat das Verbot des Kitesurfens auf dem Fahrländer revidiert, da es sich hier nicht um eine Bundeswasserstraße handelt.

Er führt aus, mit den Beteiligten seit dem letzten Jahr im Gespräch zu sein, um hier eine Lösung zu finden. Er unterbreitet folgenden Beschlussvorschlag der Verwaltung:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. unverzüglich zu prüfen, ob das Verbot des Kitesurfens auf dem Fahrländer durchsetzbar ist,
2. Im Fall der Durchsetzbarkeit eines Verbotes entsprechende zusätzliche Hinweisschilder (Verweis auf Landschafts-, Biotopschutz und Verbot des Kitesurfens) an den zwei Zugängen zum See in Neu Fahrland und an einem

- Zugang zum See in Fahrland aufzustellen,
3. Im Fall der Durchsetzbarkeit eines Verbotes in Absprache mit den Ortsbeiräten in Neu Fahrland und Fahrland auf den Zuwegungen zum Fahrländer See zusätzliche verkehrsrechtliche Anordnungen zu treffen - inkl. der ggf. notwendigen Widmungen -, welche mindestens ein Parken auf diesen Wegen sowie ein Befahren von Grünflächen oder landwirtschaftlich genutzten Flächen wirkungsvoll unterbinden,
 4. Zu prüfen, ob ein Verbot des Windsurfens, Segelns und Eissegelns auf dem Fahrländer See durchsetzbar ist, sofern von diesen Nutzungeneine Schreckwirkung auf Zug- und Brutvögel ausgeht.

Als Frist für eine Berichterstattung im hiesigen Ausschuss nennt er Dezember 2021.

Herr Berlin spricht sich für die Fassung aus dem Ortsbeirat Fahrland aus, ebenso wie Frau Lange.

Herrn Matz geht der Vorschlag der Verwaltung nicht weit genug, er hält an der Fassung des Ortsbeirates Fahrland fest.

Herr Dr. Niekisch stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte. Er möchte den Antrag in der Fassung des Ortsbeirates Fahrland abstimmen lassen.

Für und gegen den GO-Antrag spricht niemand.

Abstimmungsergebnis: mit 8:0:1 angenommen.

Als Frist zur Berichterstattung einigen sich Mitglieder und Verwaltung auf einen Zwischenbericht im Februar 2021 sowie den Abschlussbericht im April 2021.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag (Fassung aus dem Ortsbeirat Fahrland mit geänderter Frist) zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. ~~unverzüglich und dauerhaft das Verbot des Kitesurfens auf dem Fahrländer See durchzusetzen,~~
die rechtliche Situation zum Kitesurfen auf dem Fahrländer See zu klären und ein ggf. bestehendes Verbot unverzüglich und dauerhaft durchzusetzen,
2. entsprechende zusätzliche Hinweisschilder (Verweis auf Landschafts-, Biotopschutz und Verbot des Kitesurfens) an den zwei Zugängen zum See in Neu Fahrland und an einem Zugang zum See in Fahrland aufzustellen,
3. in Absprache mit den Ortsbeiräten in Neu Fahrland und Fahrland auf den Zuwegungen zum Fahrländer See zusätzliche verkehrsrechtliche

Anordnungen zu treffen - inkl. der ggf. notwendigen Widmungen -, welche mindestens ein Parken auf diesen Wegen sowie ein Befahren von Grünflächen oder landwirtschaftlich genutzten Flächen wirkungsvoll unterbinden,

4. ein Verbot der wassersportlichen Nutzung des Fahrländer Sees für solche Sportarten vorzubereiten und umzusetzen, von denen eine Schreckwirkung auf Zug- und Brutvögel ausgeht. ~~Hierzu zählen insbesondere Windsurfen, Segeln und Eissegeln.~~

Den Ortsbeiräten Neu Fahrland und Fahrland sowie dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist ~~zu den Punkten 1 bis 3 spätestens im Oktober 2020 und zum Punkt 4 spätestens im Februar 2021~~ **bis Februar 2021 ein Zwischenbericht und bis April 2021 der Abschlussbericht vorzulegen** zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**.

zu 4.4 Aufenthaltsqualität des Johan-Bouman-Platzes verbessern
Vorlage: 20/SVV/0938

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen
KUM, SBWL

Herr Berlin bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Raschke bringt den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE ein.

„Die Ds 20/SVV/0023 wird wie folgt ergänzt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität des Johan-Bouman-Platzes im Bornstedter Feld (**bspw. Schaffung von Toiletten und Wasseranschluss auf dem Platz**) sowie einer nachhaltigen Entsiegelung und Begrünung einzuleiten. Dabei sind die Akteure vor Ort (bspw. Stadteilladen, Interessenvertretung Bornstedter Feld, Gewerbetreibende und Anwohner) in die Planung einzubeziehen.

Des Weiteren wird er beauftragt, gemeinsam mit den Händlern zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen ein regelmäßiger Wochenmarkt auf dem Bouman-Platz stattfinden kann.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Februar 2021 zu berichten.“

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) führt aus, wenn sich ein Markt etabliert, können Wasser und Strom unkompliziert nachgerüstet werden. Derzeit bestehe jedoch bezüglich dieses Platzes keine Nachfrage von Händlern. Bauliche Umbauten werden daher derzeit nicht gesehen.

Herr Berlin betont die Wichtigkeit einer Begrünung, die asphaltierte Fläche könne so nicht bleiben.

Herr Adler moniert die Aufteilung des Platzes, die nicht sinnvoll vorgenommen worden ist. Wenn man das ändert, würde sich vielleicht auch ein Wochenmarkt dauerhaft einrichten. Er hält die Bank für das zentrale Problem, deren Standort sollte neu gedacht werden. In Bezug auf den Wunsch der Entsiegelung hegt er Zweifel, ob das für einen Wochenmarkt sinnvoll ist.

Herr Rubelt erinnert an den Wettbewerb, der schließlich zu der Gestaltung des Platzes geführt hat, wie er heute ist. Mit Blick auf einen rechtlichen Anspruch des Wettbewerbsgewinners, ist eine Umgestaltung sicher nicht ohne weiteres vorzunehmen. Zudem sollte hier über das gesamte Umfeld gesprochen bzw. geprüft werden.

Der Vorsitzende stellt den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE zur Abstimmung.

Die Ds 20/SVV/0023 wird wie folgt ergänzt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität des Johan-Bouman-Platzes im Bornstedter Feld (**bspw. Schaffung von Toiletten und Wasseranschluss auf dem Platz**) sowie einer nachhaltigen Entsiegelung und Begrünung einzuleiten. Dabei sind die Akteure vor Ort (bspw. Stadteilladen, Interessenvertretung Bornstedter Feld, Gewerbetreibende und Anwohner) in die Planung einzubeziehen.

Des Weiteren wird er beauftragt, gemeinsam mit den Händlern zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen ein regelmäßiger Wochenmarkt auf dem Bouman-Platz stattfinden kann.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Februar 2021 zu berichten.

Abstimmungsergebnis: mit 2:4:3 abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität des Johan-Bouman-Platzes im Bornstedter Feld sowie einer nachhaltigen Entsiegelung und Begrünung einzuleiten. Dabei sind die Akteure vor Ort (bspw. Stadteilladen, Interessenvertretung Bornstedter Feld, Gewerbetreibende und Anwohner) in die Planung einzubeziehen.

Des Weiteren wird er beauftragt, gemeinsam mit den Händlern zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen ein regelmäßiger Wochenmarkt auf dem Bouman-Platz stattfinden kann

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Februar 2021 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 4.5 Potsdamer Naturdenkmäler
Vorlage: 20/SVV/0939
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
nur KUM

Herr Raschke bringt den Antrag ein.

Herr Schmäh (Fachbereich Klima, Umwelt und Grünflächen) begrüßt den Antrag, denn aufgrund zahlreicher anderer Aufgaben ist diese Pflichtaufgabe der Verwaltung in den letzten Jahren zu kurz gekommen. Eine Neu-Beschilderung bzw. der Austausch alter Schilder wird demnächst vorgenommen. Die Installierung eines QR-Codes ist auf die Schnelle nicht möglich, deren Umsetzung wird aber geprüft. Auf die Kennzeichnung von schwer zugänglichen Denkmälern sollte verzichtet werden, hierfür gibt es die Karte, wo auch diese verzeichnet sind.

Eine Berichterstattung zum Sachstand im hiesigen Ausschuss ist im April 2021 möglich.

Frau Lange beantragt die Streichung des zweiten Satzes des Antrags.

Nachdem sich mehrere Mitglieder gegen die Streichung aussprechen, einigt man sich auf die Variante der Prüfung: „Für schwer auffindbare Naturdenkmäler sollen ~~darüber hinaus~~ **eine Beschilderung** mit Wegweisern ~~ausgeschildert~~ **geprüft** werden.“

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle Naturdenkmäler der Landeshauptstadt Potsdam (LHP) unverzüglich als solche zu kennzeichnen.

Für schwer auffindbare Naturdenkmäler sollen ~~darüber hinaus~~ **eine Beschilderung** mit Wegweisern ~~ausgeschildert~~ **geprüft** werden.

Außerdem sollen weitergehende Informationen zur genauen territorialen Lage der Naturdenkmäler im Stadtgebiet, zum Grund ihrer Unterschutzstellung und zu den mit dem Schutzstatus verbundenen Verboten schädigender Handlungen vor Ort auf Schildern oder per QR-Code zugänglich gemacht werden. Dabei ist Barrierefreiheit und Mehrsprachigkeit sicherzustellen.

~~Die Stadtverordnetenversammlung~~ **Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität** soll spätestens im ~~Dezember 2020~~ **April 2021** über den Sachstand unterrichtet werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 4.6 Fähre 1 vom Kiewitt nach Hermannswerder
Vorlage: 20/SVV/1001
Einreicher: Fraktion CDU
KUM, SBWL, + Äa Herr Jäkel

Herr Dr. Niekisch bringt den Antrag ein und übernimmt den Änderungsantrag der Fraktion DIE aNDERE:

„Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich umgehend dafür einzusetzen, dass die Potsdamer Fähre 1 mit der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes nicht nur von 6 bis 20.00, sondern kurzfristig – **im Sommerhalbjahr** – von 6 bis 22:00 Uhr einschließlich der Wochenenden verkehrt. Das mittelfristige Ziel der weiteren Ausweitung des Verkehrs ~~bis 24:00 Uhr bleibt davon unberührt~~ **wird ein Jahr nach realisiertem Fährbetrieb bis 22:00 Uhr evaluiert.**“

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) verweist zunächst auf die Buslinie, durch die Hermannswerder ebenfalls erschlossen ist.
Des Weiteren ist der Nahverkehrsplan erst am 16.9.2020 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden, dort ist bereits eine Regelung bezüglich der Fähre enthalten, die einen guten Kompromiss darstellt. Dieser Beschluss sollte jetzt nicht gekippt werden, zumal entsprechende Bedarfe an dieser Stelle auch nicht vorliegen.

Der Vorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich umgehend dafür einzusetzen, dass die Potsdamer Fähre 1 mit der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes nicht nur von 6 bis 20.00, sondern kurzfristig – **im Sommerhalbjahr** – von 6 bis 22:00 Uhr einschließlich der Wochenenden verkehrt. Das mittelfristige Ziel der weiteren Ausweitung des Verkehrs ~~bis 24:00 Uhr bleibt davon unberührt~~ **wird ein Jahr nach realisiertem Fährbetrieb bis 22:00 Uhr evaluiert.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4.7 Ergänzende abfallwirtschaftliche Maßnahmen
Vorlage: 20/SVV/1007
Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD
nur KUM

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt (siehe Abstimmung zur Tagesordnung).

zu 4.8 Pop-Up-Fußgängerzone in der östlichen Brandenburger Straße
Vorlage: 20/SVV/1010

Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE Linke
KUM, SBWL

Herr Twerdy bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) informiert, dass die Umsetzung der Forderung bereits beschlossen ist. Die baulichen Erfordernisse lassen sich allerdings nicht sofort umsetzen, wie im Antrag gefordert. Sie erfordern etwas mehr Zeit und werden mit Umbau der Brandenburger Straße in 2022/2023 vorgenommen.

Nach kurzer Debatte zum rechtlichen Sachstand stellt der Vorsitzende den Antrag zur Abstimmung.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der östlichen Brandenburger Straße eine Fußgängerzone einzurichten.

Die Fußgängerzone gilt mit Beginn des Weihnachtsmarkts 2020. Falls der Weihnachtsmarkt nicht bzw. nicht in der östlichen Brandenburger Straße stattfindet, beginnt die Gültigkeit mit dem 15.11.2020.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	4

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 4.9 Laden für E-Autos erleichtern und mehr Anreize schaffen

Vorlage: 20/SVV/1019

Einreicher: Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE
nur KUM

Herr Troche bringt den Antrag ein.

Herr Schenke (Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur) geht auf die Forderungen des Antrages ein. Zu Punkt 1, die Forderung nach 2 Stunden kostenfreiem Parken, führt er aus, dass dies möglich sei und durch die Verwaltung umgesetzt werde.

Zu Punkt 2 unterbreitet er den Mitgliedern den Vorschlag, im hiesigen Ausschuss in der ersten Sitzung in 2021 zu berichten, wie sich die Ladeinfrastruktur in der Landeshauptstadt Potsdam darstellt und wie sie geschaffen bzw. ausgebaut werden soll.

Herr Dr. Niekisch bittet, die Brandenburger Vorstadt in die Betrachtungen miteinzubeziehen, hier hat er deutlichen Bedarf beobachtet.

Herr Adler erklärt für den Antragsteller den Punkt 1 für durch Verwaltungshandeln erledigt. Zum Punkt 2 folgt er dem Vorschlag der Verwaltung, im hiesigen Ausschuss in der ersten Sitzung in 2021 zu berichten, wie sich die Ladeinfrastruktur in der Landeshauptstadt Potsdam darstellt und wie sie geschaffen bzw. ausgebaut werden soll.

Der Vorsitzende stellt den so geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Forderung, dDer Oberbürgermeister wird beauftragt, als Gesellschafter der EWP darauf hinzuwirken, dass für ladende Elektro-PKWs an allen Ladesäulen der EWP für die ersten zwei Stunden keine Parkgebühr erhoben wird, **wird als durch Verwaltungshandeln erledigt erklärt.**

~~Weiterhin wird er beauftragt, hinsichtlich der Errichtung von Ladesäulen, wie im Standortkonzept für die öffentliche Ladeinfrastruktur in der Landeshauptstadt Potsdam vom November 2017 vorgesehen, deren gleichmäßige Verteilung über die Stadtteile zu gewährleisten.~~

~~Entsprechend sollen zeitnah Ladesäulen u.a. in den Stadtteilen Kirchsteigfeld, Schlaatz, Waldstadt I, Waldstadt II, in der Teltower Vorstadt, Fahrland, Neu-Fahrland, Grube und Eiche errichtet werden.~~

Die Verwaltung berichtet in der ersten Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität in 2021, wie sich die Ladeinfrastruktur in der Landeshauptstadt Potsdam darstellt und wie sie geschaffen bzw. ausgebaut werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

zu 4.10 Mehr Radverleihstationen in Potsdam
Vorlage: 20/SVV/1022
Einreicher: Fraktion SPD
nur KUM

Herr Troche bringt den Antrag ein.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) teilt mit, dass der Antrag bereits durch Verwaltungshandeln erledigt ist. Mit dem Start des öffentlichen Fahrradverleihsystems „PotsdamRad“ 2011 wurde das Angebot immer weiter ausgebaut. Mit der Firma nextbike und der ViP hat sich die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) bereits über die nächste Erweiterung verständigt. Dabei sollen 9

weitere Leihstationen von PotsdamRad in der LHP errichtet werden, u.a. am Bahnhof Rehbrücke sowie am Marktplatz im Stadtteil Schlaatz. Der Stadtteil Kirchsteigfeld wird in der nächsten möglichen Erweiterung erneut geprüft. Die Herstellung der nächsten Leihstation wird im Frühjahr 2021 angestrebt.

Herr Adler erklärt den Antrag mit den zuvor eingebrachten Informationen für durch Verwaltungshandeln erledigt.

Abstimmung: Der Antrag wird für durch Verwaltungshandeln erledigt erklärt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 4.11 Ausbau der Gebiete für E-Roller

Vorlage: 20/SVV/1023

Einreicher: Fraktion SPD
nur KUM

Herr Adler bringt den Antrag ein.

Frau Fiebig (Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt) bezieht sich auf die Berichterstattung und Stellungnahme, die den Mitgliedern vorab per Mail zur Verfügung gestellt wurden (siehe Anlage) und schlägt vor, den Antrag bis zum Ende des 1. Quartals zurückzustellen. Zudem bietet sie an, dass sich ein Anbieter von E-Rollern im hiesigen Ausschuss vorstellt.

Herr Twerdy weist darauf hin, dass E-Roller nicht die klimafreundlichste Lösung sind. Sie bedeuten klimatechnisch keinen Fortschritt. Der Antrag sei daher abzulehnen.

Herr Olbrich bestätigt die negative Klimabilanz und verweist zudem auf die erhöhte Unfallgefahr. Dies sollte nicht gefördert werden.

Frau Thiel bestätigt die Gefährlichkeit vor allem für Menschen mit einer Sehbeeinträchtigung sowie für Rollstuhlfahrer. Abgestellte E-Roller sind mitunter nicht nur störend, sondern auch extrem gefährlich.

Herr Adler kann die Bedenken von Frau Thiel nachvollziehen, genau deswegen sollten festgelegte Haltezonen installiert werden. Auf diese Bedenken geht der Antrag ein.

Die Zurückstellung des Antrags bis zum Ende des 1. Quartals nimmt er an sowie das Angebot, der Vorstellung eines Anbieters im hiesigen Ausschuss.

Der Vorsitzende stellt die Zurückstellung des Antrags zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Zusätzliche Busse bei früherem Schulschluss im Potsdamer Norden

Fachbereich Mobilität und technische Infrastruktur
(wird schriftlich ausgereicht)

(die Berichterstattung wurde den Mitglieder vorab zur Sitzung schriftlich [per E-Mail] ausgereicht – siehe Anlage zum Protokoll)

Frau Lange bezieht sich auf den angekündigten Brief der ViP (vorletzter Absatz der Stellungnahme) und bittet diesen auch an sie, den Elternbeirat sowie alle weiterführenden Schulen zu leiten.

Der Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

zu 6 Sonstiges

Sperrung der Leipziger Straße für den Radverkehr

Herr Adams erkundigt sich stellvertretend für Herrn Dr. Niekisch, ob die Sperrung der Leipziger Straße für den Radverkehr wirklich nötig ist.

Herr Schenke informiert, dass die Leipziger Straße weiterhin passierbar ist. Aus Sicherheitsgründen muss auf einer Strecke von 100 Metern das Rad geschoben werden. Es gibt alternativ auch eine Umleitungsstrecke, die befahren werden kann. Die Dauer der Maßnahme beschränkt sich auf 7 Wochen und die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer geht hier in jedem Fall vor.

Herr Berlin betont nochmals, dass es sich hier um die Dauer von 7 Wochen handelt – das ist machbar.

Frau Böhme gibt Beschwerden zu Stolperstellen weiter.

Herr Schenke teilt mit, dass die Mängel bereits behoben worden sind. Es finden die ganze Zeit über Kontrollen der Barrierefreiheit durch die Baufirma statt, die Hindernisse sofort beseitigen.

Andreas Walter
Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff
Niederschrift